



Sicherheit in NRW

Private Sicherheitsdienstleistungen in NRW machen Rekordumsätze

Der steigende Umsatz von Sicherheitsfirmen in Nordrhein-Westfalen ist ein Indiz für das sinkende Vertrauen in die Schutzfunktionen des Rechtsstaates. Von 2000 bis 2012 stieg der Umsatz der Branche im Land um 261% auf fast 1,3 Milliarden Euro. Die Anzahl der Beschäftigten hat sich mehr als verdoppelt.

Immer mehr Privatpersonen schützen ihr Eigentum mit Hilfe von privaten Sicherheitsunternehmen. Sie trauen der Polizei den Schutz vor Einbruchsdiebstählen vor dem Hintergrund sehr hoher Einbruchs- und schlechter Aufklärungsquoten nicht mehr zu. Hausbesitzer und Nachbarschaften schließen sich zunehmend zusammen und engagieren für ihre Objekte gewerbliche Streifen. Das Vertrauen in das Gewaltmonopol des Staates schwindet. Die Zahlen belegen die enorme Nachfrage nach zusätzlicher Sicherheit. Die wenigen konkreten Maßnahmen der Landesregierung verpuffen. 600 Planstellen mehr für Polizei und Verfassungsschutz, die die Landesregierung geschaffen hat, sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Vor Ort schieben die Polizisten Überstunden vor sich her und leisten enorme Mehrarbeit bis an die Belastungsgrenze. Mehr: <http://kurzlink.de/GGWeltBericht> und <http://kurzlink.de/WAZ150219>.

Ärztliche Notfallversorgung

Gesundheitsministerin muss gegen Pläne einschreiten

Die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein will die Notfallpraxen in Nordrhein-Westfalen reduzieren. Im Rhein-Erft-Kreis gäbe es künftig nur noch zwei Notfallpraxen.

Die CDU-Landtagsfraktion befürchtet daher einen Kollaps der notfallmedizinischen Versorgung. Vor allem in den ländlichen Regionen werden die Wege künftig sehr lang. Erkrankte Patienten und die örtlichen Krankenhäuser werden unter der Last der Schließungen leiden. Die Gesundheitsministerin ist aufgefordert, den Beschluss im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht zu beanstanden.

Vorratsdatenspeicherung

Hat Innenminister Jäger einen Maulkorb bekommen?

Innenminister Ralf Jäger steht nicht mehr konsequent zur Vorratsdatenspeicherung und schiebt die Verantwortung für eine Regelung auf die EU und den Bund. Er scheint vor dem linken Flügel seiner Partei und den Grünen einzuknicken.

Die Landesinnenministerkonferenz hat sich klar und deutlich für die Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen. Keine Vorratsdatenspeicherung einzuführen sei „nahe an der Strafvereitelung“, argumentierte Innenminister Jäger noch vor zwei Jahren gegen die damalige Bundesjustizministerin. Mit „gesundem Menschenverstand“ sei ihre ablehnende Haltung „nicht mehr zu erklären“, sagte der Minister damals. Nun ist alles anders. Ralf Jäger sagt einfach gar nichts mehr. Es ist, als habe man ihm einen Maulkorb verpasst. Schon der Parlamentsdebatte im nordrhein-westfälischen Landtag am 30. Januar 2015 blieb der Innenminister fern.

Die Vorratsdatenspeicherung ist und bleibt ein wichtiges Instrument zur Aufklärung von Straftaten. Statt eine neue Gesetzesinitiative zu starten, für seine Ziele einzustehen und der Polizei die nötigen Mittel an die Hand zu geben, versteckt sich der Innenminister nun hinter Zuständigkeitsfragen. Auch meine Kleine Anfrage hat er nur ausweichend beantwortet.

Mehr: <http://kurzlink.de/GGArtikelRP> und <http://kurzlink.de/GGArtikelWelt>